

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Zürich
31.03.2022

Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (Vpofi) – Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Fachverband Sucht ist der Verband von mehr als 300 Fachorganisationen der Suchtprävention und Suchthilfe in der Deutschschweiz. Er setzt sich im Rahmen seiner Mitglieder für eine menschenwürdige, fachlich fundierte und in sich kohärente Suchtpolitik ein. Dafür vertritt der Fachverband Sucht die Interessen der Sucht-Fachorganisationen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Der Fachverband Sucht begrüsst die Stossrichtung des vorliegenden Verordnungsentwurfs ausserordentlich. Darüber hinaus unterstützt er die am 22. Februar 2022 veröffentlichte Vernehmlassungsantwort von Transparency International Schweiz. Gerade in der Suchtpolitik ist Transparenz ein elementarer Bestandteil einer gut funktionierenden, demokratischen Entscheidungsfindung. Häufig stehen Produkte im Zentrum von Regulierungsdebatten, mit deren Produktion, Handel und Verkauf ein kommerzielles Interesse verbunden ist. Gleichzeitig verursachen sie bei einem Teil ihrer Konsumierenden Krankheit, menschliches Leid und gesellschaftliche Kosten. Aus diesem Grund erachtet der Fachverband Sucht die Offenlegung von finanziellen Mitteln grundsätzlich als wichtigen Bestandteil einer menschenwürdigen Suchtpolitik und somit auch als elementar für die Umsetzung der Vier-Säulen-Politik (Prävention, Therapie, Schadenminderung, Repression; Art. 1a, Betäubungsmittelgesetz).

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Stefanie Knocks
Generalsekretärin